

KONSEQUENT GEGEN CORONA – MUTIG FÜR INVESTITIONEN

Gedanken von Martin Dulig zum Umgang mit den Folgen der Pandemie

Da ist die Frisörin aus dem Erzgebirge, mit der ich telefonierte. Sie war am Ende. Tief traurig und hoffnungslos. Sie hatte schon die Rücklagen aufgebraucht und wusste nicht mehr, wie es für sie und ihre Mitarbeiterinnen weitergehen soll.

Oder am Sonnabend früh beim Bäcker, da sprach ich mit einem Instrumentenbauer – natürlich über Corona. Er kommt so halbwegs um die Runden. Er erzählte aber von seinen Kunden. Sie alle wollen endlich wieder auftreten. Das eint sie. Der Unterschied ist nur, dass auf der einen Seite angestellte Künstlerinnen und Künstler, wie Orchestermusiker, sozial abgesicherter sind. Die freien Kulturschaffenden aber nicht.

Da ist der befreundete Clubbesitzer aus der Dresdner Neustadt, dem langsam aber sicher die Luft ausgeht. Er hat immer kreative Auswege gefunden und auch Hilfen des Staates bekommen. Er, der sich immer gegen die Corona-Leugner gestellt hat und für Verständnis unserer Entscheidungen geworben hat, ist jetzt sehr schmallippig.

Oder mein Nachbar. Er arbeitet in der Veranstaltungsbranche und ist seit Monaten ohne Beschäftigung. Was sage ich ihm, wie es in diesem Jahr für ihn weitergehen kann?

Ich könnte die Aufzählung der vielen Gespräche, Briefe, Anrufe, Mails oder Nachrichten in den Sozialen Medien fortsetzen. Die vielen Schicksale, die vielen Ängste, die großen Sorgen. Und auch die vielen

Anfeindungen. Alle haben die Nase gestrichen voll. Wir alle wollen unsere Freiheit und soziales Leben wieder haben – unser Leben.

Wir alle haben gehofft und glauben wollen, dass das Virus uns nicht so lange in Atem hält. Dass wir auch in einer zweiten Welle so glimpflich davonkommen, wie im vergangenen Frühjahr. Doch die harte Realität hat uns alle eingeholt. Wohl jeder kennt inzwischen jemandem, der an dem heimtückischen Virus schwer erkrankt oder gar verstorben ist. Die Zahlen der vielen Corona-Toten im Freistaat sprechen eine eindeutige Sprache, die sich auch mit Querdenken oder Anzweifeln nicht umdeuten lassen: Corona ist eine Gefahr für unser Leben.

Ich bin kein Freund martialischer Worte aber hier will ich bewusst sagen: Wir werden gerade angegriffen. Wir alle. Angegriffen von einem Virus und seinen gefährlichen Mutationen.

Diese Regierung kämpft nicht gegen die eigene Bevölkerung, sondern gegen das Virus und seine schlimmen Folgen. Ja, es ist einfach sich hinzustellen und mit dem Finger auf die Verantwortungsträger in der Politik zu zeigen. Aber wir sind alle Verbündete im Kampf gegen das Corona-Virus.

In solch schwierigen Situationen braucht es Menschen, die Verantwortung übernehmen. Die den Überblick bewahren. Abwägen und die entscheiden. Das nennt man Politik. Wir in der sächsischen Staatsregierung genauso wie die Abgeordneten in den Parlamenten, der Bund, die Landräte genauso wie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Uns alle eint ein Ziel: Endlich aus der Geiselhaft von Corona heraus zu kommen.

Wir halten als Regierung zusammen, denn wir stehen gemeinsam zu den Entscheidungen. Ich bin froh, mit Petra Köpping als unsere Sozial- und Gesundheitsministerin in Sachsen eine starke Frau in der Verantwortung zu wissen. Sie trägt wohl die größte Last auf ihren Schultern. Ein Mann wäre wahrscheinlich schon zusammengebrochen. Es ist vor allem ihre besondere Art, die bei allen Abwägungen, die sie und wir treffen müssen, immer den Menschen und sein Schicksal in den Mittelpunkt stellt.

Ich bin froh, dass mit unserer Kollegin Katja Maier, eine große Verfechterin der Grund- und Freiheitsrechte, die Entscheidungen in den Corona-Schutzverordnungen in die richtige Balance bringt.

Ich unterstütze unseren Kultusminister Christian Piwarz, den richtigen Weg im Interesse unserer Kinder zu gehen, Kitas und Schulen verantwortungsvoll wieder an den Start zu bringen.

Ich könnte diese Aufzählung mit all meinen Kolleginnen und Kollegen in der Regierung fortsetzen. Alle Entscheidungen sind unsere gemeinsamen.

Meine Wertschätzung und Unterstützung gilt natürlich auch Michael Kretschmer, der als Ministerpräsident rastlos und hochengagiert, den Kampf gegen Covid angenommen hat. Er ist in ganz Sachsen virtuell und analog unterwegs, um Dinge aufzunehmen und unsere Politik zu erklären. Er verhandelt unsere Interessen in Berlin mit dem Bund und den anderen Bundesländern. Das ist eine besondere Herausforderung, weil Sachsen im Spätherbst die mit Abstand höchsten Infektionswerte hatte.

Deshalb konnten wir bis vor kurzem den Abholservice click&collect auch nicht erlauben. Denn Begegnungen – egal wie gut der Verkauf selbst auch organisiert ist – etwa auf Parkplätzen, in Bussen und Bahnen, ermöglichen es Covid19 sich zu verbreiten. Die rasch sinkenden Zahlen haben uns Recht gegeben, inzwischen liegen wir bei den Neuinfektionen bundesweit im Mittelfeld.

Es gibt keinen Gegensatz – Wirtschaft oder Gesundheitsschutz. Verfrühte Lockerungen oder gar ein oft gefordertes komplettes Aufheben der Maßnahmen, würden der Wirtschaft sogar mehr schaden als helfen: Weite Teile der Belegschaften liefen Gefahr zu erkranken, Produktionsausfälle und Werksschließungen wären die Folge. Unser Gesundheitssystem käme, wie im Dezember, an seine Grenzen. Letztlich wären die Auswirkungen auf unser Land unweit größer. Ein Blick nach Großbritannien zeigt, was passiert, wenn man zu spät eingreift.

Dies war auch ein Grund, warum der Bund, der Freistaat Bayern und wir uns entschieden haben, die Grenze zu unseren tschechischen Freunden am 14. Februar zu schließen. Die Inzidenzzahlen in einigen Grenzregionen liegen bei über 1.000. Die Gefahr, dass die Mutationswelle so noch schneller zu uns überschwappt, mussten wir ernst nehmen. Deswegen geben und geben wir Unternehmen die Möglichkeit, ihre ausländischen Arbeitskräfte mit finanzieller staatlicher Unterstützung im Freistaat unterzubringen.

Die Forderung – gleich ob aus der Wirtschaft, von Lehrern, Gastronomen oder Kreativen – nach einer langfristigen Strategie ist verständlich. Doch es liegt bei keinem von uns ein fertiger Plan in der Schublade auch wenn

wir über viele Szenarien diskutieren. Das Corona-Virus folgt keinem Termin-Kalender! Unser Ansatz richtet sich nach dem aktuellen Verlauf der Pandemie. Und der lässt sich schwer vorhersagen.

Wir müssen uns darauf einrichten, dass die Inzidenzwerte nicht weiter so nach unten gehen, dass wir bald unter den geforderten Wert von 35 kommen. Durch die Mutation ist es sogar wahrscheinlich, dass die Zahlen wieder steigen werden. Das ist die bittere Realität.

Wir müssen verhindern, dass uns die anrollende dritte Infektionswelle so heftig oder heftiger erwischt, wie die zweite. Dafür müssen wir die Zahl der Neuinfektionen so stark senken, so dass die Kontakt-Nachverfolgung zu 100 Prozent wieder möglich ist.

Es muss unser gemeinsames Ziel bleiben, die Ansteckungsgefahr massiv zu reduzieren und das heißt auch weiterhin, unsere Kontakte auf ein Minimum zu beschränken. Der Virus wird nun mal von Mensch zu Mensch übertragen.

Und trotzdem brauchen wir eine Hoffungsstrategie. Der Lockdown kann nicht ewig dauern. Unsere Hoffnung heißt impfen, impfen, impfen. Dadurch erreichen wir eine Immunisierung, die uns Freiheit zurückgeben kann. Ich bin aber auch der festen Überzeugung, dass wir in einigen Wochen auch mit anderen kostengünstigen und flexiblen Testmöglichkeiten Unternehmen, Kulturschaffenden und Dienstleistern wieder das Arbeiten ermöglichen.

Corona ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle sind in dieser Krise gefragt: Daher erwarte ich auch von unseren Kammern und Wirtschaftsverbänden in Sachsen mehr Engagement, um die Pandemie zurückzudrängen.

Regelmäßig informieren mich Angestellte, dass ihr Betrieb, ihre Filiale oder ihr Büro kein Homeoffice erlaubt, obwohl es möglich wäre. Oder dass Schreibtische noch immer zu eng stehen, es keine Maskenpflicht auf Arbeit gibt oder der Chef generell den Corona-Schutz für überflüssig hält. Auf viel zu vielen Baustellen sehe ich tag täglich Bauarbeiter ohne Maske eng zusammenstehen, noch immer fahren Handwerker zusammen zu dritt oder zu viert ohne Mundschutz in kleinen Lieferwagen. Und so weiter.

Weil all dies eben noch immer nicht selbstverständlich ist, musste der Staat entsprechende Vorgaben machen. Um es aber auch klar zu sagen: Die meisten Unternehmen halten sich an den Gesundheitsschutz und achten sehr auf die Hygienemaßnahmen in ihren Unternehmen. Aber es reichen eben einige wenige, die sich nicht an die Spielregeln halten, um das Erreichte wieder zu gefährden.

Ich wünsche mir, dass die Kammern und Verbände ihre Aufgaben und Verantwortung ernst nehmen. Dass sie Vorbild sind und ihre Unternehmen beraten. Natürlich ist es leicht, die eigene Verantwortung zu ignorieren, mit dem Finger auf andere zu zeigen und Forderungen aufzustellen. Doch das wird die Infektionen im Arbeitsleben nicht zurückdrängen. Mit dieser Art des Handelns bekommen wir die Pandemie nie in den Griff.

Der seit Wochen immer gleiche Ruf, die Politik handle nicht und man sei nie einbezogen worden, stimmt einfach nicht. In keinem anderen Bundesland werden Kammern und Verbände so eng in die Entscheidungen eingebunden, wie in Sachsen. Jede Verordnung bekommen sie vorgelegt, um beratend Stellung zu nehmen. Seit

Monaten gibt es wöchentlich allein mit dem Wirtschaftsministerium Gesprächsrunden. Wir haben gemeinsam mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften ein eigenes Dialogformat initiiert, um monatliche die Corona-Politik zu diskutieren und die Maßnahmen zu kontrollieren. Hinzu kommen Gesprächsformate des Ministerpräsidenten, unzählige Briefe und Mails. Über zu wenig Gesprächsangebote, kann sich keiner beschweren. Nur muss man eben auch zu seiner Verantwortung stehen.

Ich verstehe jeden Gastronomen, Hotelier, Friseur und Geschäftsinhaber, der die schleppende Auszahlung der November- und Dezemberhilfe bis vor wenigen Wochen und den späten Start der Überbrückungshilfe III scharf kritisiert. Das ihnen zugesagte Bundes-Geld muss endlich fließen, es wird dringend benötigt.

Wir haben den Bundeswirtschaftsminister intern und auch öffentliche stets zur Eile gemahnt. Inzwischen sind zumindest die allermeisten Anträge aus November- und Dezemberhilfe bewilligt und auch ausgezahlt. Leider werden viele Erfolgsmeldungen, wo die Hilfen wirken, von wirklich dramatischen Schicksalen medial überschattet.

Seit dem 10. Februar können auch die Anträge auf Überbrückungshilfe III gestellt werden – also für Hilfen, die jene Unternehmen erhalten, welche von der Novemberhilfe oder Dezemberhilfe nicht profitieren konnten. Die ersten Abschläge fließen seit 15. Februar. Ich erwarte aber nun auch vom Bundeswirtschaftsminister, dass die vollen Summen schnellstmöglich ausgezahlt werden.

Gerade hier in Sachsen haben unsere kleinen und mittelgroßen Unternehmen nicht die finanziellen Polster, um noch länger allein die Kosten tragen zu können.

Aber bitte, lassen Sie uns all das mal ins Verhältnis setzen:

Die Unternehmen in den von der Pandemie und dem Lockdown betroffenen Branchen sind in einer nie gekannten Notlage. Diese hat jedoch nicht der Staat zu verantworten, sondern das Corona-Virus. Um dieses zu bekämpfen, waren und sind wir gezwungen Maßnahmen zu ergreifen. Aber der Staat unterstützt seine Unternehmen auch in nie gekanntem Ausmaß!

Wir haben das größte Hilfspaket in der deutschen Geschichte geschnürt. Wir haben in Sachsen erstmals einen Nachtragshaushalt verabschieden müssen – haben über 6 Milliarden Euro an Schulden aufgenommen, damit die Pandemiekosten zu stemmen sind und die schädlichen wirtschaftlichen Auswirkungen eingedämmt werden.

Mit diesem Geld haben wir etwa unser zinsloses Sofort-Darlehensprogramm bezahlt. Damit haben wir deutlich mehr Geld in die Wirtschaft gegeben, als die Bundesländer, die ein reines Zuschussprogramm aufgelegt hatten.

Inzwischen haben uns viele Kritiker aus dem Frühjahr 2020 Recht geben müssen: Unser Ansatz mit „Sachsen hilft sofort“ und seinen Hilfs-Darlehen war nicht nur nachhaltiger, er hat den Firmen langfristig auch mehr geholfen, als einmalige Zuschüsse.

Auch ein Blick über die deutsche Grenze hilft. Der Lockdown in anderen EU-Ländern war viel härter. Manche EU-Staaten haben zeitweise sogar ihre Industrieproduktion herunterfahren müssen. Das konnten wir in Deutschland bislang verhindern.

Ich denke bereits an eine Zeit nach Corona. Ein Zurück zu unserem bekannten Alltag wird es nicht geben. Dafür ist zu viel passiert. Doch in der jetzigen Krise liegt auch eine Chance. Die Chance, unser Land nachhaltig zu modernisieren und fit zu machen. Denn die zwanziger Jahre entscheiden über den Entwicklungsweg unserer Gesellschaft. Wir müssen jetzt Vorsorge dafür treffen, dass wir mit echten Impulsen aus der Krise starten können.

Die finanziellen Spielräume im aktuellen Haushalt sind aufgrund der Corona-Pandemie leider arg begrenzt. Aus so einer Krise kommen wir aber nicht mit Kürzungen heraus! Was wir jetzt brauchen, sind massive Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Deshalb plädieren wir als SPD in der Regierung auch für ein Konjunkturprogramm „Sachsenfonds 2050“. Denn wir brauchen mehr Busse und Bahnen und vor allem eine bessere Anbindung des ländlichen Raums mit dem Nahverkehr.

Wir müssen unseren ÖPNV zeitnah auf klimafreundliche Antriebe umstellen.

Wir müssen die Digitalisierung voranbringen, egal ob Schulen, Verwaltung, Unternehmen oder Privathaushalte.

Wir müssen unsere Industrie modernisieren – etwa die Stahlindustrie mit Innovationen aus der Wasserstofftechnologie verknüpfen.

Wir müssen dafür sorgen, dass Sachsen weiter das Vorzeigeland der eMobilität in Deutschland bleibt.

Wir müssen weiter in die Produktion von Batteriezellen investieren, um nicht von Asien abhängig zu werden.

Wir wollen den Mikroelektronikstandort Sachsen stärken. Und, und, und! Mit diesen Investitionen können wir wertschöpfungsstarke Industrien mit gut bezahlten Arbeitsplätzen dauerhaft hier verankern.

Ja, dies wird Geld kosten. Viel Geld. Milliarden. Aber dies ist klug angelegtes Geld. Dafür lohnt es sich auch, als Freistaat Kredite aufzunehmen, die langfristig zurückgezahlt werden können. Jetzt ist nicht die Zeit, an dem Dogma der „schwarzen Null“ festzuhalten. Gerade nicht in einer Zeit der Negativzinsen. Noch nie war Sparen auf lange Sicht so teuer wie derzeit!

Ich plädiere für einen ideologiefreien Umgang mit den Staatsfinanzen. Um es ganz klar zu sagen und allen Zweiflern gleich zu antworten: Es geht mir nicht um ein Leben auf Pump. Nicht um die Finanzierung der konsumtiven – also der laufenden – Ausgaben!

Es geht um Zukunftsinvestitionen, die sich langfristig auszahlen werden. Zum Wohl unserer und der nachfolgenden Generationen.

Ohne dieses Geld, werden wir Programme, welche der Bundes oder die EU ganz sicher zur Stärkung der Wirtschaft nach Corona auflegen werden, als Freistaat Sachsen nicht gegenfinanzieren können. Reiche Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg, die es sich leisten können diese Programme abzurufen, würden von den Vorteilen allein profitieren. So verlieren wir wieder den Anschluss und der Osten wird weiter hinter dem Westen zurückfallen.

Corona hat uns bisher viele Entbehrungen gekostet. Und es wäre nicht ehrlich, wenn ich Ihnen sagen würde, dass wir bereits auf der Zielgeraden sind.

Aber ich verspreche Ihnen, dass wir als Staatsregierung, alles uns nur mögliche tun werden, um Sie, die Menschen in unserem Freistaat, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Verbände, Vereine – einfach jeden, der unser Land aus – und liebeswert macht – soweit es nur geht zu unterstützen.

Ob wir je wieder eine Zeit gänzlich ohne Corona erleben werden, dass weiß ich nicht. Da kennen sich Mediziner und Virologen besser aus. Ich denke, wir werden – wenn jeder die Möglichkeit hatte, die Impfungen und damit einen Schutz zu erhalten – eine neue Normalität erleben. Ein Leben mit Corona.

Ich bin mir sicher, wenn wir alle weiter solidarisch zusammenstehen und – so schwer es jedem einzelnen auch fallen mag – weiter die Regeln einhalten, wir auch diese Krise gemeinsam meistern werden.

Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!